

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Patrick Döring, Horst Friedrich (Bayreuth), Jan Mücke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 16/6463 –**

### **Gutachten des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Politische Entscheidungen benötigen in vielen Fällen auch die Vorbereitung durch wissenschaftliche Expertise. Der Deutsche Bundestag bewilligt deshalb jedes Jahr nennenswerte Beträge für die einzelnen Bundesministerien, so auch für das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, zur Bestellung von Sachverständigen und externen Gutachten. Immer wieder kommt es jedoch zu Berichten (z. B. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. August 2007), dass die Bundesministerien diese Mittel für Aufträge mit eher nachrangiger Relevanz vergeben oder Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchung in der politischen Entscheidung ignoriert wurden. In anderen Fällen werden Gutachten zu aktuellen politischen Fragestellungen bisweilen selbst den Abgeordneten in federführenden Ausschüssen nicht oder nur mit wesentlicher Verzögerung bekannt, während Auszüge bereits in der Presse kursieren (z. B. Neue Osnabrücker Zeitung, 30. August 2007).

#### Vorbemerkung der Bundesregierung

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) nutzt zur Lösung seiner Aufgaben verschiedene Möglichkeiten, externen Sachverständigen einzubeziehen. Das Instrument der Ressortforschung bei den nachgeordneten Bundesbehörden wird dafür ebenso genutzt wie die Vergabe von Forschungsaufträgen, die Befragung von Sachverständigen oder der Austausch mit dem wissenschaftlichen Beirat. Nicht zuletzt gehören zu diesen Möglichkeiten spezifische Haushaltstitel, deren Zweckbindung die Vergabe von Gutachten einschließt. Gutachten aus diesen spezifischen Haushaltstiteln liegen den folgenden Antworten zugrunde. Sie dienen dazu, angesichts komplexer und komplizierter Sachverhalte Entscheidungs- und Handlungsoptionen herauszuarbeiten und hinsichtlich ihrer möglichen Folgen Transparenz zu schaffen.

Nicht erfasst sind dadurch andere Wege der Einbeziehung externen Sachverständigen, insbesondere die Vorhaben der Ressortforschung. Diese dienen jedoch häufig anderen Zwecken wie z. B. der Fortschreibung von technischen und nicht-

technischen Regelwerken, der Weiterentwicklung von Methoden, Materialien und Verfahren oder gutachterlichen Stellungnahmen zu technischen Fragen oder Verfahren.

1. Wie viele Gutachten haben das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) sowie die nachgeordneten Behörden des BMVBS in der 15. und 16. Legislaturperiode in Auftrag gegeben?
2. Wie hoch waren insgesamt die Kosten für diese Gutachten?
3. Wie lauteten die Fragestellungen bzw. Titel der Gutachten im Einzelnen?
4. Welche dieser Gutachten sind zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen?
5. Welche der in der Antwort auf Frage 3 genannten Gutachten wurden dem Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vorgelegt, und welche nicht?
6. Welche Personen und/oder Institutionen wurden mit der Erstellung des jeweiligen Gutachtens beauftragt (bitte mit Zuordnung zu den einzelnen in der Antwort auf Frage 3 genannten Gutachten)?
7. Welche Abteilung oder nachgeordnete Behörde des BMVBS gab den Auftrag für das jeweilige Gutachten (bitte mit Zuordnung zu den einzelnen in der Antwort auf Frage 3 genannten Gutachten)?
8. Wie hoch waren die Ausgaben des BMVBS bzw. der nachgeordneten Behörden für das jeweilige Gutachten (bitte mit Zuordnung zu den einzelnen in der Antwort auf Frage 3 genannten Gutachten)?

Die Fragen 1 bis 8 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Unter den Prämissen der Vorbemerkung sind während der 15. und 16. Legislaturperiode Aufträge für 57 Gutachten vergeben worden, die in den folgenden Tabellen dargestellt sind. Die Gesamtkosten lagen bei 14 990 629,15 Euro. Hierin enthalten sind Kosten in Höhe von 4 983 253,15 Euro für 15 Gutachten im Zusammenhang mit der Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG (siehe auch Antwort zu Frage 17).

In den Tabellen sind darüber hinaus die Themen, die Auftragnehmer, die Laufzeit sowie die Kosten dargestellt; ebenso lässt sich entnehmen, von wem der Auftrag für das jeweilige Gutachten vergeben wurde bzw. wer es fachlich begleitet hat. Aus der Tabelle ergibt sich weiterhin, ob das Gutachten nach Fertigstellung dem Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vorgelegt wurde.

Übersicht zu Fragen 3-8:

Gutachten im Kapitel 1201, Titel 526 02:

	<b>zu Frage 3:</b>	<b>zu Frage 4:</b>	<b>zu Frage 5:</b>	<b>zu Frage 6:</b>	<b>zu Frage 7:</b>	<b>zu Frage 8:</b>
	<b>Titel/Thema</b>	<b>abgeschlossen ja/nein</b>	<b>Ausschuss vorgelegt ja/nein</b>	<b>Auftragnehmer/ Vertragspartner</b>	<b>Auftraggeber</b>	<b>Kosten (in Euro)</b>
1	Rechtsgutachten zu Fragen der Kreditwürdigkeit der VIFG	ja	nein	Hoganu Hartson Raue LLP, Berlin	Zentralabteilung	82.826,51
	<b>Summe:</b>					<b>82.826,51</b>

Gutachten im Kapitel 1202, Titel 526 52:

	zu Frage 3: Titel/Thema	zu Frage 4: abgeschlossen ja/nein	zu Frage 5: Ausschuss vorgelegt ja/nein	zu Frage 6: Auftragnehmer/ Vertragspartner	zu Frage 7: Auftraggeber	zu Frage 8: Kosten (in Euro)
2	Rechtliche Bewertung der ablehnenden Entscheidung der KOM vom 25.01.2006 zum Mautermäßigungsverfahren (MEV) im Rahmen des Beihilfe-Prüfverfahrens, Bewertung der Klageaussichten	ja	nein	Kanzlei Donat & Quardt	Grundsatzabteilung	7.000
3	Prüfung, welche weiteren Harmonisierungsmaßnahmen mit EU-Recht vereinbar wären.	ja	nein	Kanzlei Donat & Quardt	Grundsatzabteilung	13.600
4	Rechtsgutachten / Folgeauftrag: Fertigung eines Entwurfes für die Notifizierung eines Mautbonussystems	ja	nein	Kanzlei Donat & Quardt	Grundsatzabteilung	51.400
5	Aktualisierung der Wegekostenrechnung für die Bundesfernstraßen in Deutschland	ja	nein	ProgTrans AG Basel / Institut für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung der Uni Karlsruhe (IWW)	Grundsatzabteilung	171.000
	<b>Summe:</b>					<b>243.000</b>

Gutachten im Kapitel 1210, Titel 526 02:

	zu Frage 3:	zu Frage 4:	zu Frage 5:	zu Frage 6:	zu Frage 7:	zu Frage 8:
	Titel/Thema	abgeschlossen ja/nein	Ausschuss vorgelegt ja/nein	Auftragnehmer/ Vertragspartner	Auftraggeber	Kosten (in Euro)
6	Realisierungsstudie nach dem Betreibermodell für den mehrstreifigen Autobahnausbau für A 7, AD Bordesholm – AS Hamburg-Othmarschen + Südrampe des Elbtunnels – Anbindung der A 26	ja	nein	Bietergemeinschaft Durth Roos, IVV, IKB	Abteilung Straßenbau, Straßenverkehr	117.300
7	Realisierungsstudie nach dem Betreibermodell für den mehrstreifigen Autobahnausbau für A 10/A 24, AD Schwanebeck – AS Neuruppin	ja	nein	Bietergemeinschaft BUNG, AVISIO, HSH Nordbank	Abteilung Straßenbau, Straßenverkehr	186.876
8	Realisierungsstudie nach dem Betreibermodell für den mehrstreifigen Autobahnausbau für A 8, AS Bubesheim – AS Augsburg-West	ja	nein	Bietergemeinschaft BUNG, AVISIO, HSH Nordbank	Abteilung Straßenbau, Straßenverkehr	135.285
9	Realisierungsstudie nach dem Betreibermodell für den mehrstreifigen Autobahnausbau für A 1 und A 5, Anpassung Realisierungsstudien wegen geänderter Mauthöhe	ja	nein	Bietergemeinschaft BUNG, AVISIO, HSH Nordbank	Abteilung Straßenbau, Straßenverkehr	24.600
10	Realisierungsstudie nach dem Betreibermodell für den	ja	nein	Bietergemeinschaft Schüßler-Plan,	Abteilung Straßenbau,	137.924

	<b>zu Frage 3:</b>	<b>zu Frage 4:</b>	<b>zu Frage 5:</b>	<b>zu Frage 6:</b>	<b>zu Frage 7:</b>	<b>zu Frage 8:</b>
	<b>Titel/Thema</b>	<b>abgeschlossen ja/nein</b>	<b>Ausschuss vorgelegt ja/nein</b>	<b>Auftragnehmer/ Vertragspartner</b>	<b>Auftraggeber</b>	<b>Kosten (in Euro)</b>
	mehrstreifigen Autobahnausbau für A 3 / A 67 / A 60 / A 66, AS Flughafen Frankfurt – AD Mainspitz und AD Kriftel			Commerzbank	Straßenverkehr	
11	Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit der Umstellung des FStrPrivFinG von „Gebühr“ auf „Entgelt“ und deren wirtschaftlichen Vor- und Nachteile	ja	nein	Gleiss Lutz Rechtsanwälte	Abteilung Straßenbau, Straßenverkehr	109.620,--
12	Untersuchung des Mautantrages der Warnowquerung GmbH & Co. KG Rostock im Rahmen des F-Modell (1)	ja	nein	Bietergemeinschaft Pricewaterhouse Coopers , IMM, PTV, PProf. Dr. Alfen	Abteilung Straßenbau, Straßenverkehr	599.219,09
13	Untersuchung des Mautantrages der Warnowquerung GmbH & Co. KG Rostock (2) und des Mautantrages der Herrentunnel GmbH im Rahmen des F-Modell	ja	nein	Bietergemeinschaft Pricewaterhouse Coopers , IMM, PTV, PProf. Dr. Alfen	Abteilung Straßenbau, Straßenverkehr	293.516,87
14	Prüfung von Vergaben und von Bauaufträgen des Bundesfernstraßenbaus im Saarland <i>(staatsanwaltschaftliche Ermittlungen)</i>	ja	nein	Bietergemeinschaft Wibra, Schüßler-Plan	Abteilung Straßenbau, Straßenverkehr	960.903,11
15	Abklärung der steuerrechtlichen Rahmenbedingungen des A-Modells auf Grundlage der Musterregelungen	ja	nein	Clifford Chance Partnersgesellschaft	Abteilung Straßenbau, Straßenverkehr	45.397,79
16	Gutachten zur Umsetzung A-Modell-Pilotprojekte und F-Modell-Projekte	nein	nein	ARGE Investitionsbank / Schüßler-Plan / Norton Rose Vieregge	Abteilung Straßenbau, Straßenverkehr	4.781.273,--

	<b>zu Frage 3:</b>	<b>zu Frage 4:</b>	<b>zu Frage 5:</b>	<b>zu Frage 6:</b>	<b>zu Frage 7:</b>	<b>zu Frage 8:</b>
	<b>Titel/Thema</b>	<b>abgeschlossen ja/nein</b>	<b>Ausschuss vorgelegt ja/nein</b>	<b>Auftragnehmer/ Vertragspartner</b>	<b>Auftraggeber</b>	<b>Kosten (in Euro)</b>
17	Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen für die A-Modell-Pilotprojekte	nein	nein	ARGE Investitionsbank / Schübler-Plan / Norton Rose Vieregge	Abteilung Straßenbau, Straßenverkehr	400.200,--
18	Machbarkeitsstudien nach dem Betreibermodell gem. FStrPrivFinG (F-Modell) für A 252, Hafenquerspange	nein	nein	Bietergemeinschaft PTV, Hammonds RAe, KHP, Pricewaterhouse Coopers , TCI	Abteilung Straßenbau, Straßenverkehr	307.075,93
19	Sachstandsbericht F- Modell	ja	nein	Bietergemeinschaft Servatius Rechtsanwälte, Pricewaterhouse Coopers	Abteilung Straßenbau, Straßenverkehr	314.683,89
20	Gutachterleistung „DV - gestütztes Controlling-System“	nein	nein	Steria Mummert Consulting AG	Abteilung Straßenbau, Straßenverkehr	313.200,20
21	Gutachten Diskontierungszinssatz bei PPP-Vorhaben des Bundes	ja	nein	Pricewaterhouse Coopers	Abteilung Straßenbau, Straßenverkehr	14.875,--
	<b>Summe:</b>					<b>8.742.349,88</b>

Gutachten im Kapitel 1222, Titel 526 02:

	<b>zu Frage 3: Titel/Thema</b>	<b>zu Frage 4: abgeschlossen ja/nein</b>	<b>zu Frage 5: Ausschuss vorgelegt ja/nein</b>	<b>zu Frage 6: Auftragnehmer/ Vertragspartner</b>	<b>zu Frage 7: Auftraggeber</b>	<b>zu Frage 8: Kosten (in Euro)</b>
22	Privatisierung der DB AG	ja	nein	Droege & Comp. GmbH	Abteilung Eisenbahnen	104.400,--
23	Privatisierungsvarianten DB AG	ja	ja	Booz Allen Hamilton	Abteilung Eisenbahnen und Bundesminis- terium der Finanzen	1.292.820,-- (794.600,- Anteil BMVBS)
24	Untersuchung zur Kapitalprivatisierung der DB AG	ja	nein	Kanzlei Waldeck Rechtsanwälte	Abteilung Eisenbahnen	78.158,10
25	Rechtsgutachten im Auftrag der Rechtsanwaltssozietät HÖLTERS & ELSING zu Bilanzierungsfragen bei der Kapitalprivatisierung der DB AG	ja	nein	Prof. Dr. Hennrichs (Universität zu Köln)	Abteilung Eisenbahnen	49.750,--
26	Rechtsgutachten im Auftrag der Rechtsanwaltssozietät zu Bilanzierungsfragen bei der Kapitalprivatisierung der DB AG	ja	nein	Prof. Dr. Dr. Ebke (Universität Heidelberg)	Abteilung Eisenbahnen	20.000,--
27	Vereinbarkeit des Entwurfs eines Gesetzes zur Neuordnung der Eisenbahnen des Bundes (EBNeuOG- E-Stand: 08.03.2007) mit Art. 87e GG	ja	nein	Prof. Dr. Gersdorf (Universität Rostock)	Abteilung Eisenbahnen	37.500,--



	zu Frage 3: Titel/Thema	zu Frage 4: abgeschlossen ja/nein	zu Frage 5: Ausschuss vorgelegt ja/nein	zu Frage 6: Auftragnehmer/ Vertragspartner	zu Frage 7: Auftraggeber	zu Frage 8: Kosten (in Euro)
28	Überprüfung der Wirtschaftlichkeitsrechnung „Stuttgart 21“	ja	nein	Susat	Abteilung Eisenbahnen	172.020,39
29	Lärmminderung im Schienengüterverkehr	nein	nein	DHV B.V., Ruimte en Mobiliteit, Amersfoort, NL; Prof. Dr. Eckard Pache, Würzburg	Abteilung Eisenbahnen	80.000,--
30	Kapitalmarktfähigkeit der DB AG	ja	ja	Morgan Stanley Bank (15. LP)	Abteilung Eisenbahnen und Bundesminis	232.000,--
31	Monitoring DB AG	nein	ja	Morgan Stanley Bank	Abteilung Eisenbahnen und Bundesminis	477.798,39
32	Privatisierung der Vivico Real Estate	nein	nein	Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA	Abteilung Eisenbahnen	708.080,--
33	ETCS Rotterdam-Genua	ja	nein	Auftragsvergabe erfolgte durch die Niederlande, D hat kofinanziert	Abteilung Eisenbahnen	39.000,--
34	IRL-Erstellung International Requirement List	ja	nein	AEBt Angewandte Eisenbahntechnik	Abteilung Eisenbahnen	54.520,--
35	juristische Beratung in Sachen Abschluss einer Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV)	ja	nein	Rechtsanwälte Hölters und Elsing	Abteilung Eisenbahnen	1.637.206,27
36	juristische Beratung in Sachen Abschluss einer Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV)	nein	nein	Rechtsanwälte Hölters und Elsing	Abteilung Eisenbahnen	offen / auf Stunden
	<b>Summe:</b>					<b>4.983.253,15</b>

Gutachten im Kapitel 1225, Titel 526 42:

	<b>zu Frage 3: Titel/Thema</b>	<b>zu Frage 4: abgeschlossen ja/nein</b>	<b>zu Frage 5: Ausschuss vorgelegt ja/nein</b>	<b>zu Frage 6: Auftragnehmer/ Vertragspartner</b>	<b>zu Frage 7: Auftraggeber</b>	<b>zu Frage 8: Kosten (in Euro)</b>
37	Gutachten PPP im öffentlichen Hochbau	ja	nein	PWC Freshfield, Bruckhaus, Deringer, WBD, Bauhaus-Uni Weimar	PPP Task Force	50.000,--
38	aktuelle Bestandsaufnahme im PPP in Bund, Ländern und Kommunen	ja	nein	Deutsches Institut für Urbanistik, TU Berlin	PPP Task Force	74.875,18
39	Wissenschaftliche Aufbereitung PPP-spezifischer Fragen	nein	ja	Ass. Jur. Sebastian Schäffler	PPP Task Force	57.120,--
40	Gutachten PPP-Quote	nein	ja	Olaf Merkhoff	PPP Task Force	5.570,--
41	Prüfung Mustervertrag Schulen	ja	nein	Simmons & Simmons	PPP Task Force	4.614,48
42	Gutachten PPP und Förderrecht	ja	nein	PSCP, TU Bergakademie Freiburg, TU Berlin,	PPP Task Force	49.300,--
43	Evaluierung PPP und Mittelstand	nein	ja	Deutsches Institut für Urbanistik,	PPP Task Force	94.092,59
44	Evaluierung PPP und Mittelstand (Nachtrag Wirtschaftlichkeit)	nein	ja	Deutsches Institut für Urbanistik,	PPP Task Force	22.852,36
45	Erstellung Vergaberechtsleitfaden	nein	ja	Freshfield, Bruckhaus, Deringer	PPP Task Force	17.500,--
46	Zusatzp. Wirtschaftlichkeitsvergleich	ja	nein	Bauhaus-Uni Weimar	PPP Task Force	20.735,--

	<b>zu Frage 3:</b>	<b>zu Frage 4:</b>	<b>zu Frage 5:</b>	<b>zu Frage 6:</b>	<b>zu Frage 7:</b>	<b>zu Frage 8:</b>
	<b>Titel/Thema</b>	<b>abgeschlossen ja/nein</b>	<b>Ausschuss vorgelegt ja/nein</b>	<b>Auftragnehmer/ Vertragspartner</b>	<b>Auftraggeber</b>	<b>Kosten (in Euro)</b>
47	Excel-Tool Projektfinanzierung	ja	nein	3 P Beraterverbund	PPP Task Force	17.600,--
48	Schulbauförderrichtlinie	nein	ja	3 P Beraterverbund	PPP Task Force	29.400,--
	<b>Summe:</b>					<b>443.659,61</b>

Gutachten im Kapitel 1227, Titel 526 02:

	<b>zu Frage 3:</b>	<b>zu Frage 4:</b>	<b>zu Frage 5:</b>	<b>zu Frage 6:</b>	<b>zu Frage 7:</b>	<b>zu Frage 8:</b>
	<b>Titel/Thema</b>	<b>abgeschlossen ja/nein</b>	<b>Ausschuss vorgelegt ja/nein</b>	<b>Auftragnehmer/ Vertragspartner</b>	<b>Auftraggeber</b>	<b>Kosten (in Euro</b>
49	Überprüfung der Bausubstanz, Erstellung von Energieausweisen für Liegenschaften Oberster Bundesbehörden in Berlin	nein	nein	Institut f. Erhaltung und Modernisierung von Bauwerken e.V. - TU Berlin	Abteilung Bauwesen, Bauwirtschaft und Bundesbauten	206.000,--
50	Bewertung der Arbeitsplätze in der Bundesbaugesellschaft Berlin mbH nach dem BAT u. zur Eingruppierung der MA nach TVÖD	ja	nein	Beiten Burkhardt Rechtsanwaltschaftsgesellschaft mbH	Abteilung Bauwesen, Bauwirtschaft und Bundesbauten	78.540,--
51	Machbarkeitsstudie zur Personalbedarfsermittlung für den Baubereich; Personalbedarfsermittlung im Bereich kreativ-dispositiver Aufgaben mit geringem Anteil an repetitiven Teilprozessen	ja	nein	Fa. BIOS Bremerhavener Institut für Organisation und Software	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	8.000,--
52	Gutachten zur Neustrukturierung des Auslandsbau - Neuordnung Planen und Bauen der Auslandsliegenschaften des Bundes	ja	ja	Fa. IDS Scheer	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	61.000,--

	<b>zu Frage 3:</b>	<b>zu Frage 4:</b>	<b>zu Frage 5:</b>	<b>zu Frage 6:</b>	<b>zu Frage 7:</b>	<b>zu Frage 8:</b>
	<b>Titel/Thema</b>	<b>abgeschlossen ja/nein</b>	<b>Ausschuss vorgelegt ja/nein</b>	<b>Auftragnehmer/ Vertragspartner</b>	<b>Auftraggeber</b>	<b>Kosten (in Euro)</b>
53	Leitfaden für die Durchführung und Dokumentation von Untersuchungen sowie die Beurteilung der Standsicherheit von Bestandsgebäuden unter Erdbebeneinwirkungen	ja	nein	CRP Ingenieurgesellschaft Cziesielski, Ruhnau & Partner GmbH	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	14.000,--
54	Beurteilung der Standsicherheit bei Bestandsgebäuden	ja	nein	CRP Ingenieurgesellschaft Cziesielski, Ruhnau & Partner GmbH	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	28.000,--
55	Gutachten über das vorgeschlagene Konzept für die Bestimmung der Standsicherheit seismisch beanspruchter Bestandsgebäude im Liegenschaftsbereich des Auswärtigen Amtes und anderer Ressorts	nein	nein	Prof. Dr.-Ing. Meskouris, RWTH Aachen	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	10.000,--
56	Brandwiderstandsdauer und Standsicherheit von Konstruktionsteilen aus Stahlleichtbeton	ja	nein	Prof. Dr.-Ing. Kotulla, Hochschule Bochum	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	20.000,--
57	Brandversuch von Leichtbetonelementen	ja	nein	Gesellschaft für Materialforschung und Prüfungsanstalt für das Bauwesen Leipzig mbH (MFPA Leipzig)	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	70.000,--
	<b>Summe:</b>					<b>495.540,--</b>

9. Wie lauteten die Ergebnisse oder Handlungsempfehlungen des jeweiligen Gutachtens (bitte mit Zuordnung zu den einzelnen in der Antwort auf Frage 3 genannten Gutachten)?
10. Wurden die Ergebnisse des jeweiligen Gutachtens im politischen Handeln berücksichtigt bzw. die Handlungsempfehlungen des jeweiligen Gutachtens umgesetzt (bitte mit Zuordnung zu den einzelnen in der Antwort auf Frage 3 genannten Gutachten)?
11. Wenn ja, wie?
12. Wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 9 bis 12 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die vom BMVBS in Auftrag gegebenen Gutachten dienen/dienen der politischen Meinungsbildung bei komplexen und komplizierten Sachverhalten. Hierbei geht es einmal darum, die Vielzahl von Aspekten und Einflussgrößen untersuchen zu lassen, die entscheidungsrelevant sind, zum anderen auch darum, neue Aspekte zu identifizieren, die möglicherweise entscheidungsrelevant werden könnten und bislang noch keine Beachtung fanden. Die Gutachten ersetzen somit die politische Bewertung und Entscheidung nicht, sondern unterstützen sie lediglich. Je nach Bewertung entscheidungsrelevanter Kriterien kommen die Gutachten zu unterschiedlichen Empfehlungen bzw. relativieren diese vor dem Hintergrund weiterer im Gutachten selber nicht untersuchter Aspekte. In diesem Sinne finden grundsätzlich alle Gutachten mit ihren Ergebnissen bzw. Handlungsempfehlungen Eingang in die Meinungs- und gegebenenfalls die Entscheidungsfindung des BMVBS und seiner nachgeordneten Behörden.

13. Welche Gutachten wird das BMVBS bzw. werden nachgeordnete Behörden in nächster Zeit vergeben?
14. Soweit absehbar, welche Personen und/oder Institutionen werden mit der Erstellung des jeweiligen Gutachtens beauftragt (bitte mit Zuordnung zu den einzelnen in der Antwort auf Frage 13 genannten Gutachten)?
15. Soweit absehbar, welche Abteilung oder nachgeordnete Behörde des BMVBS wird den Auftrag für das jeweilige Gutachten vergeben (bitte mit Zuordnung zu den einzelnen in der Antwort auf Frage 13 genannten Gutachten)?
16. Soweit absehbar, wie hoch werden die Ausgaben des BMVBS bzw. der nachgeordneten Behörden für das jeweilige Gutachten sein (bitte mit Zuordnung zu den einzelnen in der Antwort auf Frage 13 genannten Gutachten)?

Die Fragen 13 bis 16 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die aktuellen politischen Themen des BMVBS wie z. B. Masterplan Güterverkehr/Logistik oder auch klimafreundliche Mobilitätsgestaltung werden sicherlich Fragestellungen beinhalten, die eine externe wissensbasierte Beratung notwendig werden lassen. Sobald entsprechende Vorhaben konkretisiert sind, werden sie wie alle Formen externer wissensbasierter Beratung im Wettbewerb nach den einschlägigen vergaberechtlichen Vorschriften vergeben. Aus Gründen des Wettbewerbs können jedoch vor der konkreten Beauftragung keine weiteren Angaben gemacht werden.

17. Welche Gutachten wurden seit 1998 im Zusammenhang mit der Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn in Auftrag gegeben, wie lautete die Fragestellung, wer hat die Gutachten erstellt und wie hoch waren die Kosten?

Siehe nachfolgende Übersicht:

lfd. Nr. der Gutachten	Kosten (in Euro)	Titel/Thema	abgeschlossen ja/nein	Ausschuss vorgelegt ja/nein	Auftragnehmer/ Vertragspartner	Auftraggeber/ Fachreferat
1	104.400,--	Privatisierung der DB AG	ja	nein	Droege & Comp. GmbH	Abteilung Eisenbahnen
2	1.292.820,-- (794.600,- Anteil BMVBS)	Privatisierungsvarianten DB AG	ja	ja	Booz Allen Hamilton	Abteilung Eisenbahnen und Bundesministerium der Finanzen
3	78.158,10	Untersuchung zur Kapitalprivatisierung der DB AG	ja	nein	Kanzlei Waldeck Rechtsanwälte	Abteilung Eisenbahnen
4	49.750,--	Rechtsgutachten im Auftrag der Rechtsanwaltssozietät HÖLTERS & ELSING zu Bilanzierungsfragen bei der Kapitalprivatisierung der DB AG	ja	nein	Prof. Dr. Hennrichs (Universität zu Köln)	Abteilung Eisenbahnen
5	20.000,--	Rechtsgutachten im Auftrag der Rechtsanwaltssozietät zu Bilanzierungsfragen bei der Kapitalprivatisierung der DB AG	ja	nein	Prof. Dr. Dr. Ebke (Universität Heidelberg)	Abteilung Eisenbahnen
6	37.500,--	Vereinbarkeit des Entwurfs eines Gesetzes zur Neuordnung der Eisenbahnen des Bundes (EBNeuOG-E-Stand: 08.03.2007) mit Art. 87e GG	ja	nein	Prof. Dr. Gersdorf (Universität Rostock)	Abteilung Eisenbahnen
7	172.020,39	Überprüfung der Wirtschaftlichkeitsrechnung „Stuttgart 21“	ja	nein	Susat	Abteilung Eisenbahnen
8	80.000,--	Lärmminderung im Schienengüterverkehr	nein	nein	DHV B.V., Ruimte en Mobiliteit, Amersfoort, NL; Prof. Dr. Eckard Pache, Würzburg	Abteilung Eisenbahnen



lfd. Nr. der Gutachten	Kosten (in Euro)	Titel/Thema	abgeschlossen ja/nein	Ausschuss vorgelegt ja/nein	Auftragnehmer/ Vertragspartner	Auftraggeber/ Fachreferat
9	232.000,--	Kapitalmarktfähigkeit der DB AG	ja	ja	Morgan Stanley Bank (15. LP)	Abteilung Eisenbahnen und Bundesministerium der Finanzen
10	477.798,39	Monitoring DB AG	nein	ja	Morgan Stanley Bank	Abteilung Eisenbahnen und Bundesministerium der Finanzen
11	708.080,--	Privatisierung der Vivico Real Estate	nein	nein	Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA	Abteilung Eisenbahnen
12	39.000,--	ETCS Rotterdam-Genua	ja	nein	Auftragsvergabe erfolgte durch die Niederlande, D hat kofinanziert	Abteilung Eisenbahnen
13	54.520,--	IRL-Erstellung International Requirement List	ja	nein	AEbt Angewandte Eisenbahntechnik	Abteilung Eisenbahnen
14	1.637.206,27	juristische Beratung in Sachen Abschluss einer Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV)	ja	nein	Rechtsanwälte Hölters und Elsing	Abteilung Eisenbahnen
15	offen / auf Stunden	juristische Beratung in Sachen Abschluss einer Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV)	nein	nein	Rechtsanwälte Hölters und Elsing	Abteilung Eisenbahnen
<b>Summe:</b>	<b>4.983.253,15</b>					





